Erscheint wöchentlich 4 Mal: Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 168. Freitag, den 26. Oktober. 1866

Zur Situation.

Nach der Vertagung der Session haben 24 Abgeordnete aus den Fraktionen der Fortschrittspartei und des linken Centrums sich zu der folgenden Erklärung vereinigt, deren Veröffentlichung nur durch die Einholung der Unterschriften verzögert worden ist.

Erklärung.

Die zwei bedeutenden Abstimmungen, über die Indemnität und die Anleihe, veranlassen uns vor dem Lande die Gesichspunkte darzulegen, von denen wir bisher geleitet worden sind und denen wir ferner zu folgen gedenken.

Für unsere dringendste Aufgabe in der außerordentlichen Session hielten wir, der Regierung in ihrer auswärtigen Politik den vollen Beistand der Landesvertretung zu verschaffen. In dem kraftvoll geführten Kriege und seinen Erfolgen sehen wir den ersten glücklichen Anfang zu einer wahren Einigung des deutschen Vaterlandes. Die Erweiterung des preußischen Gebietes und die Unterordnung des Nordens unter die Führung Preußens sind für immer berechnet, die Trennung des Südens aber soll nur zeitweilig und nicht länger andauern, als die zwingende Macht der widerstrebenden Verhältnisse. Leicht erkennbare Gefahren haben an dem Main Halt zu machen geboten. Dieselben Gefahren bedrohen auch in Zukunft den vorgezeichneten Fortschritt und selbst das schon erreichte Ziel. Ihnen gegenüber war es die heiligste Pflicht der Volksvertretung, ungesäumt bei der ersten und bei jeder folgenden Gelegenheit vor aller Welt den Beistand zu bekunden, auf welchen jede Regierung in Preußen rechnen darf, so weit sie die deutsche Einheit gegen fremden Eingriff und heimische Sonderinteressen vorzubereiten und die Stärke der gesammtdeutschen Macht zu erhöhen bestrebt ist. Auf das Zutrauen, daß unter der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen und militärischen Angelegenheiten das Streben dahin gerichtet ist, hat die Regierung einen unabweisbaren Anspruuch erworben.

Unverträglich mit einer solchen Kundgebung, unverträglich mit den brennendsten Bedürfnissen des Vaterlandes war der schwere Konflikt der vergangenen Jahre, neben welchem die Eintracht zwischen Regierung und Volksvertretung nirgends zu erreichen und jeder thatkräftige Beistand des Landtages ausgeschlossen war. Glücklicher Weise hatten die Thaten des Volkes in Waffen und die veranlassenden Verdienste der Regierungspolitik einige Ursachen des Streites gänzlich weggeräumt, andere zur Zeit zurückgedrängt. Das Anerkenntniß des Geschehenen war der Ausspruch der Indemnität, welcher zugleich die Mitwirkung der Landesvertretung vorbereitete.

In der Anleihe galt es der Regierung die Mittel, ohne welche sie nicht glaubte die volle Verantwortlichkeit für die weitere Durchführung der Aufgabe Preussens übernehmen zu können, im zweckentsprechenden Maße zu gewähren und gegen die Bewilligung Bürgschaften zu erlangen, welche die Rechte des Volkes vermehren und die älteren Rechte mit besseren Schutzmitteln versorgen, ohne hierdurch der Leitung irgend einen Grad von Kraft entziehen.

Die Wachsamkeit über die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, von denen keines aufgegeben und keines verkürzt werden darf hat die ganze entschieden liberale Partei auch in dieser Session stets einig gefunden und von anderen Parteien gesondert. Dasselbe Band wird auch in Zukunft ihr gemeinsames Merkmal bleiben. Trotz des Vertrauens zu der umsichtigen und hochstrebenden Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und zu dem energischen Schutze der preußischen Macht und des preußischen Berufes trotz des Zeichens der Versöhnung in der Amnestie, ist in der innern Verwaltung des Landes noch nicht die Wendung gesichert, welche auch hier uns gestattete, die Schritte der Regierung mit Vertrauen zu begleiten. Wir fühlen die Pflichten einer wachsamen und loyalen Opposition auf uns ruhen und glauben sie nicht blos den Rechten des preußischen Volkes zu schulden, sondern auch der Zukunft Deutschlands zu widmen, wenn wir dem Schaden vorzubeugen streben, mit welchem eine mißliebige Regierungsweise im Innern des Landes selbst die Erfolge der auswärtigen Politik bedroht, indem sie das harmonische Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung gefährdet, den innigen Zusammenschluß der älteren und neuen Landestheile und den Anschluß des übrigen Deutschlands an Preußen erschwert. Neben der gerüsteten Macht und dem Ansehen der Waffen bedarf es einer freisinnigen Verwaltung. In der Mischung beider Elemente, in der Ausbildung der schon vorbehaltenen organischen Gesetze und in der Selbstverwaltung als Grundlage des Gemeindewesens erkennen wir den geraden Weg zur höchsten Bedeutung Preußens und zu seiner Herrschaft in Deutschland.

Das ist der Sinn unserer Unterstützang und unserer Opposition. Doch sind wir fest entschlossen, so lange uns in diesem Sinne zu wirken vergönnt ist, die Opposition nicht hinübergreifen zu lassen auf das Gebiet der gebilligten deutschen Politik. In dem großen Moment des erstarkten und sich verwirklichenden Einheitsdranges halten wir keine Partei und keine Maßregel berechtigt, welche der deutschen Entwickelung Hindernisse bereitet oder die möglichen Förderungsmittel versagt.

Von solchen Gründen wurde unser Verhalten bestimmt und so meinen wir unsere Mandate am Besten zu verwalten,

Berlin, im September 1866.

Aegerter. Berger (Posen). v. Bockum-Dolffs. Cetto. Franck. Hammacher. v. Hennig. Hinrichs. John (Labiau). Kanngießer. Lasker. Lautz. Lent. Lette. Lüning. Metzmacher. Michaelis (Stettin). Piesche. Rautenstrauch. Reichenheim. Roepell. Telchow. Twesten. v. Unruh.

— Aus Rom wird v. 16. d. der „Nat. Ztg." geschrieben: Nur noch wenige Tage, und die heiße Sehnsucht der Italiener ist gestillt und die Fahne der geeinigten Nation wird vom Thurme San Marco wehen. Diese Wiederherstellung Italiens, das unabläßige Ziel der Patrioten während langer Jahrhunderte, ist wenigstens heute auch das Werk der Völker Europa's, welche sie als eine That der Sühne Italien dargebracht haben, das ihre Invasionen, ob verschuldet oder nicht, erlitt. Jeder Mensch von freiem Geist wird die passive oder thätige Zustimmung Europas zu diesem Akt der Gerechtigkeit als Zeugniß des Fortschritts unserer Civilisation froh begrüßen. Der Einzug der Italiener in die Dogenstadt, die älteste, glorreichste und am längsten dauernde Republik Italiens, beschließt für immer den fast 15 hundertjährigen Weltkampf der Germanen und Romanen, für die das Kaiserthum und das Papstthum die Angelpunkte gewesen sind. Es ist wohl ein tief ergreifender Beweis von der geheimnißvollen Verkettung im geschichtlichen Prozeß der Welt, daß in derselben Zeit, wo die Annexion von Venedig den Schluß jener deutschen Herrschaft in Italien bezeichnet, auch die alte Kaiserstadt Frankfurt, die Wahlstätte und der Sitz der Reichsgewalt bis auf die jüngsten Tage, aus der Geschichte verschwunden ist. Preußen hat Frankfurt annektirt und dadurch gezeigt, daß das mittelalterliche Reichsdogma auch in Deutschland erloschen ist. Wenn nun die Jubelfeste von Venedig vorübergegangen sind, dann werden sich alle Italiener gegen das hinwenden, was noch als letztes Bollwerk des Mittelalters übrig steht: der Fels Sanct Peters in Rom. Die Zeit rückt näher; die Aufregung wird groß; es ist ein weltgeschichtlicher Moment, in seinem Prinzip noch wichtiger als die Einheit Deutschlands und Italiens. „Wenn die englischen Lords Russel und Cardwell, wenn Gladstone und Milner Gibson im Winter nach Rom kommen, um voll boshafter Schadenfreude einer Katastrophe beizuwohnen, was — so fragt die „Unita Cattolica" — werden sie dann sehen? nichts als einen ehrwürdigen, wehrlosen Greis, einen Märtyrer." — So wird es sein; aber die Regierungen und die Völker Europas werden dem Fall des weltlichen Papstthums mit derselben Beistimmung zusehen, mit der sie die Einheit Italiens sich vollziehen lassen; das Urtheil der Geschichte ist reif geworden. Nichts kann den weltlichen Thron des Papstes mehr retten als eine Intervention Gottes, wie die Frommen selbst seufzen. Wird sich demnach die Politik Napoleons noch über Nacht ändern, und kann dies überhaupt möglich sein? Oder wird der Tod des kranken Kaisers zu Gunsten des Papstes interveniren? Doch weder die kaiserliche Regentschaft, noch die Republik in Frankreich würde die Macht und den Willen haben, Italien den Krieg zu erklären und seine Einheit wieder zu zerbrechen, um die weltliche Krone auf dem Haupte des Papstes festzuhalten und sie durch eine neue Militär-Okkupation von Rom zu schützen. Man ist zweifellos gefaßt, daß der Sturz erfolgen wird, aber wir sind nicht im Stande zu sagen, wie man ihm im Vatikan auszuweichen, ob man überhaupt ihm zu begegnen denkt. Man läßt, so scheint es alles an sich kommen, und was könnte man mehr?

— Der Friedensvertrag mit Sachsen soll noch in dieser Woche ratificirt werden. Erst nach Austausch der Ratificationen sind zuverlässige Mittheilungen über den Inhalt des Vertrages zu erwarten.

— Wie man aus Biarritz mittheilt — schreibt die „Zeidl. Corr." — soll die Kaiserin Eugenie, um die sich alle katholischen Einflüsse und alle katholischen Sympathien gruppiren, im Geiste des Kaisers an Boden gewonnen haben. Es soll sich dies demnächst in zweifacher Weise kundgeben, einmal durch einen diplomatischen Act, welcher den Papst über die Consequenzen des September-Vertrages beruhigen soll, und sodann durch die Anbahnung eines intimeren Verhältnisses mit Oesterreich, sobald das Wiener Cabinet sich fähig bewiesen haben wird, die inneren Zustände des Landes zu verbessern. — Es fällt einigermaßen auf, daß selbst die Pariser Presse es wagen darf, die Gerüchte über eine Abdankung des Kaisers Napoleon zu reproduciren.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 24. Oktober. Wie bereits erwähnt, wird in Berlin eine neue Zeitung unter den Auspicien von Dr. Joh. Jacoby erscheinen. Dieselbe wird benannt sein: „Zukunft, Demokratische Zeitung". Der Prospect lautet nach der „Rh. Z.": „Kriegerische Ereignisse pflegen allezeit störend einzuwirken auf die stille und langsame Arbeit, die sich in dem Geiste eines Volkes zu vollziehen hat, um es politisch reif und der Freiheit würdig zu machen. Wenn das gegenwärtig in erhöhtem Grade der Fall war, so sind die Ursachen nicht unschwer zu ergründen. Bei den inneren Kämpfen der letzten Jahre war die Machtlosigkeit des Rechtes so entmuthigend hervorgetreten, daß sich daraus, und gerade bei den energischen Naturen zu allermeist, eine Ueberschätzung der Macht heranbilden mußte, unbekümmert um Recht oder Rechtlosigkeit derselben. In diese Stimmung fiel der Ruf zu den Waffen und ihm in raschem Schritt die großartige Folge von Siegen unseres tapferen Heeres, der Friedensschluß und dessen eingreifende Umgestaltung deutscher Staatsverhältnisse, — mit alledem aber eine neue Verwirrung in Betreff der Frage, in wie weit das Gewährenlassen der Thatsachen als solcher zugleich eine Anerkennung ihres sittlichen und rechtlichen Werthes enthalte. In dieser Unklarheit ist noch gegenwärtig das Land befangen, sie ist bis in die Volksvertretung gedrungen, sie beherrscht den großten Theil der preußischen Presse. Und doch ist es hoch an der Zeit, daß sie wieder Platz mache dem Bewußtsein aller Pflichten auch in der neuen Lage. Wem das Ziel deutscher Einheit klar vor Augen steht, der wird erkennen, daß die Ausschließung von Millionen deutscher Stammesgenossen aus dem gemeinsamen Vaterlande, daß die Zerspaltung Deutschlands durch die Mainlinie nicht dauernd werden dürfe, daß die nationale Einigung des Volkes und die Machtentwickelung des Staates nur dann erstrebenswerthe Güter sind, wenn sie auf dem Boden innerer Freiheit und politischer Selbstbestimmung erwachsen, Was die Wirksamkeit nach außen betrifft, so fühlt die demokratische Partei sich sehr frei von jeder Selbsttäuschung über Umfang und Kraft ihrer Mittel; das Gefühl der Zusammengehörigkeit in ganz Deutschland zu erhalten, das wird das zunächst Gebotene sein. Dringender und größer ist die Arbeit im innern, der wir uns mit vollem nüchternem Ernste der Pflichterfüllung aufs

neue zuzuwenden haben: der Kampf für Recht und Freiheit. Und hier ist fast vom Anfange wieder zu beginnen. Die Parteibildung muß aus den Parlamenten hinabsteigen zum Volke, der Quelle aller Macht; im Volke selbst muß sie Klarheit und Festigkeit der politischen Begriffe, Ehrlichkeit und Treue des politischen Glaubens schaffen, auf daß ein nächster Trommelwirbel nicht wieder Alles ineinander wirre, sie muß aus dieser Ehrlichkeit und Treue das Zusammenhalten und den Opfermuth gebähren, den Beginn der politischen That. Und dieser gemeinsamen Arbeit bieten wir eine Verständigungsstätte in dem neuen Blatte, das im Laufe des vierten Quartals in Berlin unter Redaction von Dr. Guido Weiß und unter Beirath bewährter Gesinnungsgenossen als tägliche Zeitung erscheinen soll. Hoffen wir, daß die schweren Erfahrungen der Selbsterkenntniß, welche uns die letzte Zeit gebracht, zur guten Frucht gedeihen mögen für die „Zukunft“.“

— Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht die Kgl. Verordnurg vom 13. Oktober betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nach Maßgabe der für die übrigen Provinzen des preußischen Staates gültigen Bestimmungen in den durch das Gesetz vom 20. Sept. d. J. der preußischen Monarchie einverleibten Landestheilen, sowie in den Herzgthümern Schleswig und Holstein. (In Lauenburg ist demnach die allgemeine Wehrpflicht noch nicht eingeführt.)

Ferner veröffentlicht der „Staats-Anzeiger“ das mit Zustimmung beider Kammern zu Stande gekommene Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes vom 15. Oktober 1866.

Trotz der Veröffentlichung des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes und obgleich Seitens der Regierung auch die nöthigen Anordnungen erfolgt sind, um die Abgrenzung der Wahlbezirke möglichst zu beschleunigen, wird doch die Ausschreibung der Wahlen selbst und die Einberufung des Reichstages in nächster Zeit noch nicht zu erwarten sein; denn, wie die „N. A. Z.“ in dieser Hinsicht bemerkt, „bedarf es, ehe hierzu geschritten werden darf, noch der Verständigung mit allen Regierungen da das norddeutsche Parlament und der preußische Landtag nicht füglich zu gleicher Zeit versammelt sein können, daß also erst der Schluß der Session des letzteren abzuwarten ist, ehe das erstere einberufen wird. Diese Session dürfte aber nach ihrem Wiederbeginn wohl zum wenigsten noch drei Monate in Anspruch nehmen, da außer dem Budget noch andere Angelegenheiten von Bedeutung zu erledigen sein werden. Zu diesen werden indessen diejenigen Vorlagen noch nicht gehören können, welche durch Einführung der preußischen Verfassung in den neuen Landestheilen am 1. Oktober nächsten Jahres für die definitive Regelung der Verhältnisse dieser Provinzen nothwendig werden. Da die Grundlage hierzu durch die Berathungen mit Beamten und anderen Notabilitäten aus den betreffenden Landestheilen erst gewonnen werden soll, so wird es zur Beschaffung dieser Arbeiten noch längerer Zeit bedürfen, und es ist daher wahrscheinlich, daß der Landtag in der Zeit zwischen dem Schluß seiner jetzt wieder zu eröffnenden Session und dem 1. Oktober 1867 noch einmal zu einer außerordentlichen Session ad hoc einberufen werden wird.“

— Die Ausführung des Gesetzes, nach welchem das Kapital der preußischen Bank um 5 Millionen Thaler erhöht werden soll, steht nahe bevor. Dem Vernehmen nach wird gleichzeitig mit der Publikation desselben am 25. d. M. die Aufforderung an die Inhaber der alten Bank-Antheile ergehen, sich binnen vier Wochen darüber zu erklären, ob sie von der ihnen zustehenden Betheiligung an dieser Kapital-Erhöhung Gebrauch machen wollen.

— Die Postverwaltung arbeitet mit großem Eifer darauf hin, die Posten in den neuen Landestheilen baldmöglichst in die Hand nehmen zu können. In Bezug auf die Thurn- und Taxisschen Posten, deren obere Direktion sich bekanntlich in Frankfurt a. M. befindet und bereits von Preußen administrirt wird, dürften die Verhandlungen über den difinitiven Uebergang derselben an Preußen in etwa 14 Tagen beginnen. Was die hannoverschen Posten betrifft, so ist die Verfügung ergangen, daß von hier ein Rath und zwei Subalternbeamten hierher sich begeben sollen, um die beiderseitigen Posteinrichtungen zu studiren und dann ihr Gutachten darüber abzugeben, in welcher Weise die Vereinigung des hannoverschen mit dem preußischen Postwesen am besten durchzuführen sein möchte.

— Den 25. Oktober. So lange in der Welt von Handel überhaupt die Rede ist, haben alle Nationen, die sich an dem internationalen Verkehr betheiligten und ihre Interessen begriffen, vorzugsweise ein Ziel verfolgt, auf dem möglich wohlfeilen Wege ihre Waaren an die große Straße des Weltverkehrs, an das Meer zu bringen. Der deutschen Nation ist es vorbehalten gewesen, Einrichtungen, welche den gerade entgegengesetzten Zweck verfolgen, bis in die Gegenwart zu konserviren. Der Fortbestand der Elbzölle und die Transitabgabe auf der Berlin-Hamburger Eisenbahn ist ein solcher Anachronismus, daß kein Staat, der auf seinen Ruf etwas giebt, auch nur einen Augenblick zögern sollte, von diesen Barrieren zwischen dem Innern Deutschlands und dem Weltverkehr zu beseitigen, was zu beseitigen in seiner Macht liegt. Die Magdeburger Kaufmannschaft hat eine Mahnung in diesem Sinne an die preußische Regierung ergehen lassen, die Schritte zur Verminderung jener Abgaben zu thun, welche früher Dänemarck und Hannover versagten, und wir wüßten in der That nicht, aus welchem Grunde Preußen dies nicht sofort thun sollte, was es von früheren Souveränen jener Gebiete Jahrzehende lang vergebens verlangt hat. Oder will es nachträglich durch sein eigenes Verhalten den Widerstand rechtfertigen, gegen den es früher vergebens ankämpfte. Bei dem überaus traurigen Zustande der Wasserstraße, heißt es in der Eingabe des Magdeburger Aeltestenkollegiums an den Handelsminister ist gegenwärtig fast der ganze Verkehr von und nach Hamburg auf Benutzung des Schienenweges angewiesen.

— In der Ehrensäbel-Angelegenheit nimmt die „Staatsb.-Ztg. Veranlassung in Folge einer Bemerkung im Briefkasten des letzten „Kladderadatsch“, noch einmal zu erklären: „Der Kronprinz und der Prinz Friedrich Carl haben die ihnen angebotenen sogenannten Ehrenwaffen nicht angenommen.“ — Die den Militärs und Militärbeamten aus Anlaß des Krieges zu Theil gewordenen Ordens-Verleihungen dürfen jetzt bis auf einzelne Nachträge, ganz veröffentlicht sein, wogegen die mit dem Louisen-Orden in seinen beiden Abtheilungen ausgezichneten Frauen noch zur Kenntniß zu bringen sind. Diese Veröffentlichungen erfolgen nachdem die durch die Capitel, unter dem Vorsitze der Königin gemachten Vorschläge die Genehmigung des Königs erhalten haben.

Kassel. Seit dem Bekanntwerden der königlichen Ordre, welche über die persönlichen Verhältnisse der Offiziere des vormaligen kurhessischen Armeekorps verfügt hat, beschäftigt sich das Tagesgespräch fast ausschließlich mit den zunächst die militärischen Kreise betreffenden Vorkommnissen. Es hat heute durch die von den hiesigen Morgenblättern veröffentlichte weitere Ordre, welche die Dislokation der neu organisirten Regimenter bestimmt, abermals Nahrung erhalten. Nach dieser kommt das Kommando des neuen, zum größten Theit aus hessischen Regimentern formirten 11. Armeekorps hierher, ebenso ein Divisions- und drei Brigadekommandos. Das seither hier garnisonirende 30. Infanterie-Regiment verbleibt hier, während die bisherigen Truppen, als Bestandtheile des 80., 81., 82. und 83. Regiments nach Biebrich, Wiesbaden, Frankfurt, Hanau, Fulda &c. verlegt werden. Wie schnell ist doch dies Alles gegangen! Ende August erst kamen die kurhessischen Armeeangehörigen von Mainz hierher zurück und jetzt sind die bereits vollständig als integrirender Theil in der preußischen Armee aufgenommen, ein neuer Beleg für die Raschheit und Reorganisationstüchtigkeit, mit welcher in Preußen gearbeitet wird. Daneben wird auch den neuen militärischen Einrichtungen die entsprechende Sorgfalt gewidmet. Seit gestern ist General v. Peuker, der Chef der königlichen Militair-Bildungsanstalten, hier anwesend, dem Vernehmen nach, um über die zu errichtende Kriegsschule oder Kadettenhaus die nöthigen Dispositionen zu treffen. Auch die Anwesenheit des Generalstabsoffiziers Major v. Hartmann und mehrerer Intendanturbeamten steht damit in Verbindung.

Karlsruhe. Die Tagesordnung der 2. Kammer führte zur Berathung des Berichtes des Abgeord. Roßhirt über die Motion des Abg. Pagenstecher, die Redefreiheit der Abgeordneten betreffend. Dieser hat den Antrag gestellt: Den Großherzog um Vorlage eines Verfassungs-Gesetzentwurfs zum Schutze der Redefreiheit der Abgeordneten zu bitten. Die darüber niedergesetzte Commission stellt nun den Antrag: „in einer Adresse den Großherzog um Vorlage eines Verfassungs-Gesetzentwurfs mit dem von dem Motionssteller vorgeschlagenen Inhalte zu bitten. Ministerial-Präsident Dr. Jolly freut sich Namens der großherzoglichen Regierung die volle Uebereinstimmung mit den obigen Anträgen erklären zu können; denn es könne von einem Ernste des constitutionellen Lebens da keine Rede sein, wo der Abgeordnete über das, was er in der Kammer spricht, außerhalb derselben verantwortlich oder gerichtlich belangt werden könne. Die Regierung sei mit den Anträgen der Commission so einverstanden, daß sie schon auf dem nächsten Landtage einen desfallsigen Gesetzentwurf vorlegen werde.

— In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten a. 23. d. erklärte der Minister v. Freydorf, der Anschluß an den norddeutschen Bund sei eine Existenzfrage für Baden und der einzige Weg zur deutschen Einheit. Preußen und Norddeutschland könnten ohne Baden existiren und seien vielleicht in der Vertheidigungsstellung ohne Baden stärker.

Oesterreich. Die Gemeindevertretung von Wien beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der bereits erwähnten Jesuiten-Angelegenheit. Schon in der Sitzung vom 16. war bekanntlich Antrag eingebracht worden, daß gegen diese Niederlassung der Jesuiten in Wien Einsprache erhoben werden möge. Dieser Antrag wurde damals einer Kommission überwiesen; damit glaubte man den „ersten Sturm“ gegen die Jesuiten zurückgeschlagen zu haben. In der Sitzung vom 19. ist nun von Dr. Kopp eine neue Motion eingebracht worden, der Gemeinderath möge erklären, daß er, sowohl von confessionellem, als allgemein politischem und speziell österreichischem, Standpunkte aus die Ansiedelung der Jesuiten in Wien und dessen Umgebung nicht wünsche; ferner solle die Sektion schleunig darüber Bericht erstatten, welche Schritte in dieser Hinsicht zu ergreifen seien. Dieser speziell politische Standpunkt wurde auch von den einzelnen Rednern innegehalten. So betonte der Antragsteller Dr. Kopp namentlich, daß seit Einführung des Konkordats Oesterreichs Ruf im Auslande gesunken, daß das Konkordat die Feinde Oesterreichs vermehrt, daß der Staat des Konkordats es gewesen, der Oesterreich bei Königgrätz geschlagen; protestire Wiens Gemeindevertretung gegen die Einführung der Jesuiten, dann protestire sie gegen eine Schmach Oesterreichs. Von klerikaler Seite, von P. Gatscher wurde geltend gemacht, daß in einem Staate, der das Prinzip Gleiches Recht für Alle“ gelten lasse, man gegen Niederlassungen der Jesuiten nicht kämpfen dürfe, eine Einsprache, die damit entkräftet wurde, daß die Väter Jesu nicht Staatsangehörige seien. Noch entschiedener trat für den Antrag der Landtagsabgeordnete Dr Hoffer ein, der von der Regierung verlangt, daß sie der öffentlichen Meinung Rechnung trage. „Wir Bürger einer durch und durch deutschen Stadt,“ so schloß der Redner, „deren politisches Band mit Deutschland zwar zerrissen ist, mit dem sie aber in Emsigkeit zahllose geistige Fäden verknüpfen werden (lebhafter Beifall), wir müssen uns gegen die Jesuiten erheben, als Vertreter Wiens, der ersten Stadt Deutsch-Oesterreichs, sowie der ersten deutschen Stadt Oesterreichs.“ (Lebhafter Beifall.) Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit allen gegen die Stimmen der drei geistlichen Mitglieder des Gemeinderaths zum Beschlusse erhoben.

Frankreich. Die Gesundheit des Kaisers soll, wie der „Abend-Moniteur“ meldet, vortrefflich sein. Aus anderen Quellen vernimmt man übrigens auch, daß der Gesundheitszustand des Kaisers sich in den letzten Tagen bedeutend gebessert hat. — Die „Patrie“ theilt Folgendes über das neue französische Gewehr mit: Dasselbe ist nicht ganz so lang als das, welches gegenwärtig bei der französischen Armee im Gebrauch ist. Es wiegt keine drei Kilogrammes; es wird ein längeres Bajonnet haben als die früheren. Sein Lauf, dessen Kaliber elf Millimetres stark ist, wird vier Einlassungen haben. Mit diesem Gewehr wurden 50 Schüsse in vier Minuten abgefeuert. In Reih und Glied können 10 Schüsse in der Minute abgegeben werden. Soldaten welche zielen, können 7—8 Schüsse in der Minute thun. Diese Resultate übertreffen die, welche man mit dem preußischen Gewehr erzielt hat.

— Das große Publikum fährt fort, seine Theilnahme der klassischen Musik zuzuwenden. Den Beweis dafür gab das gestern in dieser Saison wieder abgehaltene Concert popolaire; die Räume des Circus waren vorzugsweise von dem kleineren Bürgerthum gefüllt. Haydn, der noch vor 3 Jahren in diesen Konzerten nicht die geringste Wirkung machte, wurde lebhaft beklatscht. Dagegen findet in der großen Oper Gluck's neu in Scene gesetzte „Alceste“ geringeren Anklang; die hier vorwaltende Geschmacksrichtung begnügt sich nicht mit dieser Einfachheit der Scenirung, vielmehr verlangt man in Paris von den Theatern „Emotionen“. Die Leitung der großen Oper gab sich übrigens bei Wiedereinfügung der „Alceste“ ins Repertoir keinen Täuschungen hin; nur die ausgesprochene Vorliebe des Kaisers für Gluck'sche Musik soll diese klassische Anwandlung des Direktors veranlaßt haben.

— Der „Moniteur“ bringt heute einen Brief aus Hamburg, um die Stellung dieser Stadt wie der Hansestädte überhaupt, zu dem Zollverein näher zu beleuchten und namentlich über die Mittel, wodurch die Annexion dieser Städte an den Zollverein bewerkstelligt werden soll sich loszulassen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß, nach dem einstimmigen Gutachten der preußischen Handelskammern die ganze Umgebung von Hamburg dem Zollvereine einverleibt, die Stadt selbst aber als Freihafen fortbestehen soll. Es würde dann eine enge und strenge Zolllinie um Hamburg herumgezogen und in dieser selbst ein preußisches Bureau zur sorgfältigen Kontrole der Einfuhr errichtet werden. Letzteres wäre um so nöthiger, als die Kontrole, die von den Hamburger Behörden selbst ausgeübt wird, sowohl was Einfuhr, als auch besonders was Ausfuhr anbelangt, eine sehr oberflächliche und unzureichende ist. Es müßten also künftig alle Verladungen und Versendungen auf dem preußischen Bureau zu Hamburg einregistrit und überhaupt alle kommerziellen Transaktionen nicht mehr durch die einfache Erklärung des Hamburger Bürgers, sondern durch Beibringung der Ladungsverzeichnisse oder der Konnoissemente nachgewiesen werden. Kann denn die Wiedereinfuhr der Waare innerhalb einer bestimmten Periode nicht nachgewiesen werden, so muß nach dem Zollvereinstarife der Zoll dafür entrichtet werden. Man will dadurch der Schmuggelei an der Elbe ein Ende machen. Der Hamburger Großhandel soll keineswegs der Einführung dieses neuen Systems abgeneigt sein, indem er dadurch sich einen leichteren Absatz in Deutschland verschaffen zu können glaubt. Es wird für ihn bequemer sein, an den Thoren seiner eigenen Stadt alle nöthigen Zolldeklarationen für das ganze Zollvereinsbiet machen zu können, anstatt sie durch Agenten und Spediteure in den entferntesten Theilen des Zollvereinsgebietes vornehmen lassen zu müssen. Auch für den Kaufmann im Innern wird Hamburg als Freihafen und großer Lagerplatz von großem Vortheil sein, indem er seine Waaren dort liegen, und bei Eintritt irgend einer Konjunktur, ohne weitere Formalitäten und Abgaben nach Frankreich oder England versenden kann. Alles deutet also, nach dem „Moniteur“, darauf hin, daß die Hamburger Bürgerschaft ohne Schwierigkeiten die Einverleibung in den Zollverein unter den angegebenen Bedingungen und die daraus für sie sich ergebende neue kommerzielle Lage annehmen werde.

Italien. Nach Depeschen der „Natione“ vom 21. ist in Venetien die Feierlichkeiten des Plebiscits aller Orten mit der größten Begeisterung unter einer ungeheuren Betheiligung vollzogen worden. — In Venedig haben von 30,000 eingezeichneten Wählern 26,180 Ja gestimmt. In der Stadt Padua wurden 8000 Stimmen abgegeben. Im Distrikt von Dolo haben von 7,700 zum Wählen Berechtigten 7,170 gestimmt. In Udine begann der Arbeiterverein die Feierlichkeit mit der Einsegnung seiner Fahne, sodann ging die ganze Bevölkerung der Stadt, der sich viele Priester anschlossene nach den auf den Plätzen aufgestellten Wahlurnenen. Auch in sämmtlichen Landgemeinden war eine außerordentliche Betheiligung bemerkbar; die Pfarrer votirten fast überall an der Spitze ihrer Gemeinden.

Türkei. Ein Schreiben aus Konstantinopel vom 8. Oktober in den „Debats" theilt einige interessante Aufschlüsse über die zukünftige Verfassung in Aegypten und über die Gründe mit, welche den Vicekönig bestimmt haben, seinem Volke derartige Concessionen zu machen. In Konstantinopel hatte dieses Project zuerst große Unruhe erregt, da man befürchtete, daß die Türken ebenfalls eine Constitution verlangen könnten. Später, als man nähere Nachrichten aus Aegypten erhalten, habe man sich beruhigt, da man eingesehen, daß die Institutionen, mit welchen der Vicekönig sein Land beschenken will, nicht im Geringsten mit dem Repräsentativ-System Aehnlichkeit haben. „Die in Rede stehende Verfassung", so meint der genannte Correspondent, „ist ganz einfach ein neues, aber sehr geistreiches Mittel, das der Vicekönig ausgesonnen hat, um sich die für seine commerciellen und politischen Plane nöthigen Fonds zu verschaffen. Er hätte sich durch eine neue Anleihe oder durch eine Vermehrung der Steuern neue Hilfsquellen verschaffen können. Er zog es aber vor, auf höfliche Weise das zu verlangen, was er offen und brutal hätte erhalten können, und berief eine sogenannte Repräsentativ-Versammlung für den 21. Oktober. Der Name Repräsentativ-Versammlung ist eigentlich unrichtig; den es werden keine wirklichen Wahlen stattfinden, höchstens wird man sich an die Notabeln wenden, die den Regierungen, welche sich in Verlegenheit befinden, immer von so großem Nutzen sind. Man müßte übrigens den Orient wenig kennen, um zu glauben, daß Repräsentativ-Institutionen dort auf ernsthafte Weise functioniren können. Die Dinge in Aegypten werden jedoch auf ernstere Weise vor sich gehen, als in Tunis, wo ebenfalls eine Art von Verfassung erlassen ist."

Provinzielles.

Aus der Provinz. Die von der „Kölnischen Zeitung" gebrachte Mittheilung, daß in Westpreußen von Personen polnischer Nationalität beabsichtiget sein soll, Unterschriften zu Petionen gegen die Aufnahme dieser Provinz in den norddeutschen Bund herbeizuschaffen, lenkt die Aufmerksamkeit auf das Verhältniß der Bewohner deutscher und slawischer Nationalität in Westpreußen. Der Regierungsbezirk Danzig umfaßt das Weichseldelta, Nordpommerellen und das marienburger Land. Hier lebt in den Städten nur eine deutsche Bevölkerung. Unter den 453,600 Bewohnern des Regierungsbezirks zählte man 1858 gegen 92,160 Bewohner slawischer Nationalität, und zwar nicht allein Polen, sondern auch Masuren und Kassuben. Dieser slawische Bruchtheil wohnt besonders in Nordpommerellen, während dieser Stamm im Weichselthale nur einen Bruchtheil unter den Bewohnern bildet. Der Regierungsbezirk Marienwerder, welcher das Kulmerland, das alt-ostpreußische Marienwerder-Rosenberg und Südpommerellen umfaßt, hat 682,000 Einwohner, darunter 253,800 Seelen slavischer Nationalität. Die meisten der letzteren finden sich im Kulmerland, wo sie 1852 etwa 130,866 Köpfe erreichten, d. i. gegen 55 pCt. der Gesammtzahl dieses Distriktes, während in Südpommerellen von 163,594 Einwohnern, nur 64,509 Personen polnischer Herkunft, im alt-ostpreußischen Landestheile der Provinz von 139,669 Seelen nur 41,647 und im Bezirke Flataw, Deutsch-Krone von 105,711 Köpfen nur 14,622 dies waren. Im Regierungsbezirke Marienwerder betrugen die Bewohner slawischer Nationalität nur 39 pCt. in der ganzen Provinz, im Jahre 1855 nur 30 pCt. und im Jahre 1858 nur 28 pCt. so daß die deutsche Bevölkerung mit 72 pCt. überwog. Die Slawen sind, wie bemerkt, aber nicht sämmtlich Polen, sondern umfassen zur Hälfte masurische und kassubische Elemente.

Verschiedenes.

— **Der Gefreite Wurfschmidt.** In der Schlacht bei Sodawa hat sich, wie in den Zeitungen mehrfach erwähnt wird, der Gefreite Wurfschmidt von der 1. Schwadron des 10. Husaren-Regiments besonders hervorgethan. Demselben ist es gelungen, die Fahne des ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 51 (Karl Ferdenand) mit ungeheurer Bravour zu erobern. Dieser kühne junge Mann, Wilhelm Wurfschmidt, ist, wie der „B. R." mitgetheilt wird, ein Schlossergeselle aus der Provinz Sachsen, der längere Zeit in berliner Werkstätten und Fabriken gearbeitet hat und bei seiner Einberufung in der Reperaturwerkstadt der Magdeburg-Halle-Leipziger Eisenbahn zu Köthen beschäftigt gewesen ist. Nach einem von ihm aus Horsitz abgeschickten Briefe hat seine Kühnheit die Aufmerksamkeit des Königs und des Prinzen Friedrich Carl auf sich gezogen. Der König ließ ihn nach beendeter Schlacht vor sich kommen drückte ihm die Hand und reichte ihm ein Geschenk; ebenso der Prinz Friedrich Karl, der den erschöpften Helden aus seinen Vorräthen reichlich bewirthen ließ. Seinem Brief hat Wurfschmidt ein Stück von dem Tuch der erbeuteten Fahne beigelegt. Sein Geburtsort ist Göttnitz bei Stumsdorf. Seine Escadron hat bei Sodawa 600 Gefangene gemacht.

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 24. d. Mts.** Herr Kroll, Vorsitzender, im Ganzen 22 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat Herr Stadtrath Hoppe.

Die Bedingungen zur Verpachtung der Zollerhebung auf den Weichselbrücken von Mittags d. 31. Decbr. cr. auf ein Jahr werden im Ganzen genehmigt, nur beschließt die Versammlung aus Billigkeitsrücksicht, daß unter die Bedingungen die Bestimmung aufgenommen werde, die Kaution soll, wenn sie vom Pächter baar niedergelegt wird, mit 4 Proz. verzinst werden. — In der Commission für den gewerblichen Fortschritt wird Herr Baumeister Martini als Mitglied gewählt. — Die Anstellung des Krügers Troyke aus Barbarken als Hilfsförster im Barbarker Revier vom 1. Novbr. cr. bis zum 1. Juni k. J. gegen eine monatliche Remuneration von 8 Thlr. wird genehmigt. — Gegen die Gemeindewähler-Listen pro 1866 fand sich nichts Wesentliches zu bemerken. — Ein Antrag des Herrn Adolph, welcher sich auf die Einrichtung von Turnplätzen für die beiden vorstädtischen Schulen bezieht, wird von der Vers. dem Magistrat und der Schul-Deputation zur Berücksichtigung überwiesen. — Auf eine Anfrage beim Magistrat wegen Instandsetzung der Gesellschaftslokale im Artushofe, welche der Restaurateur Hr. Höse nachgesucht und die Vers. aus den Mitteln des Artusstifts befürwortet hatte, erwiderte nach Anhörung der Deputation für das Artusstift die erstgenannte Behörde, daß sie ihre Zustimmung für eine Reperatur des Gesellschaftszimmers auf Kosten des Stifts nicht geben könne, da kontraktsmäßig dies Pflicht des Miethers sei. Auch bemerkt der Magistrat, daß an Reperaturen für gedachte Lokalien in d. J. 1864 und 1865 bereits nahezu 1049 Thlr. aus den Mitteln des Artusstifts verwendet worden sind. Die Motive des Magistrats waren für die Vers. maßgebend und schloß sie sich heute der Ansicht des Magistrats an. — Nach dem Betriebsbericht der Gasanstalt betrug die Gesammtkonsumtion im August cr. 367,200 Kbfß., davon die Privat-Konsumtion 255,200 Kbfß., für die Straßenlaternen 27,470 Kbfß, fast um die Hälfte weniger als im August v. J. — Mehrere Vorschläge des Herrn Franz Türcke, welche sich auf die Verwaltung der Gasanstalt beziehen, werden dem Magistrat zur Rückäußerung überreicht. — Der Magistrat wird ersucht um eine baldige Zusendung der noch rückständigen Rechnungen aus den Jahren 1863, 1864 und 1865. — Eine längere Zeit in der Sitzung nahm die Berathung und Erörterung des Entwurfs der Bedingungen zur Verpachtung der städtischen Ziegelei in Anspruch. Einer speziellen Commission war die Vorberathung des 16 Paragraphen enthaltenden Entwurfs übertragen worden, für die in heutiger Sitzung Herr Adolph referirte. Die Commission hatte einige Aenderungen und Zusätze beantragt, welchen die Vers. zustimmte. Die Ziegelei soll auf 15 Jahre verpachtet werden, der Pächter hat nach dem Zuschlag eine Kaution von 3000 Thlr. zu stellen, auch hat die Vers. ihm das Recht zugestanden, daß derselbe seine nicht abgesetzten Fabrikate noch 3 Monate nach Ablauf der Pacht auf der Ziegelei stehen lassen darf. Im Ganzen sind die Bedingungen so abgefaßt, daß einerseits das Interesse der Kommune vollständig gewahrt ist, aber auch der Pächter in keiner Weise gedrückt wird. Um die Verpachtung der Ziegelei, deren Verwaltung den städtischen Behörden keine unbedeutende Arbeit schaffte und die Verpachtung selbst anräthig machte, zu ermöglichen, beschloß die Vers. den Magistrat zu ersuchen, den Reflectanten bemerklich zu machen, daß die festgestellten Bedingungen nicht unabänderlich sein sollen, sondern bei den einzureichenden Offerten diese auch auf Aenderungen der Bedingungen gerichtet werden können. Die Verpachtung soll durch Submission erfolgen. Schließlich ersucht die Versammlung den Magistrat seine Maßnahmen bezüglich der Verpachtung so zu treffen, daß die Uebergabe der Ziegelei an den etwaigen Pächter schon zum 1. April. k. J. erfolgen könne. — In geheimer Sitzung wurden 2 Privatgesuche erledigt. —

— **Kommunales.** Die Einschätzung-Kommission der Gewerbetreibenden **Lit. A.** 2 zur Gewerbesteuer wird heute, Freitag, d. 26. d, um 11 Uhr Vorm. gewählt.

Zur Stadtbaurathsstelle haben sich 16 Kandidaten gemeldet.

— **Der Kreistag** des Thorner Kreises hatte am 25. d. Mts. Sitzung und erledigte in derselben mehrere Wahlen. Zuerst stand auf der Tagesordnung die Wahl eines Provinzial-Landtags-Abgeordneten, so wie des ersten und zweiten Stellvertreters für denselben. Als Abgeordneten wählten die Stände der Ritterschaft den Rittergutsbesitzer Herrn Rafalski-Czichoradz, zum ersten Stellvertreter Herrn Pohl-Olleck, zum zweiten Herrn Lincke-Zelgno. Darauf fand die Wahl der Commission zur Einschätzung in die kassificirte Einkommensteuer statt. In diese wurden gewählt die Herren v. Wolff-Gronowo, Pohl-Olleck, v. Zawisza-Warzewitz, Rafalski-Czichoradz, Wentscher-Rosenberg, Oberbürgermeister Körner, Kaufmann G. Prowe, Buchhändler E. Lambeck und Apotheker Täge aus Thorn. In die Etats-Commission, um den Kreishaushalt pro 1867 festzustellen, wurden die Herren O. Elsner-Papau, v. Czarlinski-Bruchnowken, Pohl-Olleck, Kaufmann G. Prowe und Buchhändler E. Lambeck gewählt.

v. Falkenhayn auf Dzwirzno hat durch königl. Kabinetsordre für Dzwirzno die adlige Eigenschaft erhalten, so lange es in seinem und seiner ehelichen Descendenten Besitz ist. —

— **Schwurgericht.** Am 24. Oktober kamen drei Sachen zur Verhandlung, und zwar zunächst die Anklagesache wider den Arbeiter Paul Kaniewski aus Renczkau.

Kaniewski war beschuldigt, am 31. März d. J. seinem Schwager, resp. seiner Schwester, den Einwohner Franz und Franciska Zawadzki'schen Eheleuten in Renczkau verschiedene Fleischwaaren in Absicht rechtswidriger Zueignung, und zwar mittelst Einbruchs weggenommen zu haben.

Kaniewski behauptete im Audienztermine, daß er die Gegenstände nur um deshalb genommen, weil die Zawadzki'schen Eheleute ihm für ein Spind noch das Kaufgeld rückständig wären und ihm dieselben mehrere Gegenstände weggenommen hätten.

Die Verhandlung ergab denn auch ein nicht zärtliches Verhältniß zwischen den Geschwistern resp. Schwägern, weshalb denn auch das Verdict der Geschworenen auf Nichtschuldig lautete und demnächst Kaniewski freigesprochen wurde.

Nächstdem war die Gärtnerfrau Franciska Myslinska geb. Krolikowska aus Bielsk zweier Urkundenfälschungen angeklagt.

Dieselbe war der That geständig, und da bei ihr mildernde Umstände angenommen wurden, so wurde sie zu 4 Monaten Gefängniß, 10 Thlr. Geldbuße oder noch 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

Endlich kam der Arbeitsmann Joseph Hakanowicz von hier vor die Schranken.

Hakanowicz, ein Mensch, der schon viermal und zuletzt in Culm wegen Kirchendiebstahls bestraft ist, war auch heute eines gleichen Verbrechens angeklagt.

Seinem Geständnisse zufolge hatte er sich am 24. März d. J. um zu stehlen, während der Frühandacht, 5½ Uhr Morgens, in der Jakobskirche begeben, zu welchem Zwecke er einen Beutel mitgenommen hatte. Nach der Andacht hatte er sich hinter einen der Altäre versteckt und sich zum Zwecke der Ausführung des Diebstahls die Kirche etwa eine Stunde lang besehen. Nach dieser Zeit schritt er zur That; überzeugte sich an dem kleinen blauen Holzkasten, welcher gegenüber dem Eingange zur Kirche steht, daß Geld darin war und versuchte denselben mittelst dreier in der Kirche vorgefundenen Schlüsseln zu öffnen. Da ihm dies mißlang, so sprengte er das Schloß dadurch, daß er einen der fraglichen Schlüssel zwischen Bügel und Vorhängeschloß schob und den Bügel solchergestalt mit Gewalt vom Schlosse trennte. Das darin befindliche Geld, bestehend in Silber- und Kupfermünzen, nahm er heraus und steckte es in den mitgebrachten Beutel. Dann versuchte er einen anderen hölzernen Kasten, welcher an einer Bank links vom Altar dem Eingange gegenüber stand, mit einem der mehr erwähnten Schlüssel zu öffnen. Es gelang. Im Kasten befand sich eine blecherne Büchse mit 2 Vorhängeschlössern. Diese letzteren entfernte er dadurch, daß er die Oesen der Büchse, in denen sie eingehängt waren, auseinander brach, das in der Büchse befindliche Geld nahm, dann die Oesen wieder zusammen bog und den Kasten wieder verschloß. Endlich versuchte er an einem eisernen Kasten denselben vermittelst der mehrerwähnten Schlüssel zu öffnen. Dies gelang ihm nicht, weshalb er ihn auf eben dieselbe Art, wie beim blauen Holzkasten, erbrach und das darin befindliche Geld an sich nahm.

Er öffnete außerdem noch zwei verschlossene Büchsen, da indeß in denselben sich nur Kupfermünzen befanden, so nahm er solche nicht, angeblich weil er von deren Sorte schon genug hatte. Hiernächst hatte er sich schlafen gelegt und dann unter einer Bank versteckt, um gelegentlich bei der Abendandacht hinauszuschlüpfen, er sei indeß entdeckt und festgenommen worden.

Die Vertheidigung hatte auf Antrag des Hakanowicz mit Rücksicht auf sein reuemüthiges Geständniß die Annahme mildernder Umstände beantragt, die Geschworenen hatten diese aber verneint und wurde Hakanowicz demzufolge zu 7 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 7 Jahre verurtheilt.

— **Schulwesen.** Mit Bezug auf die Lokal-Notiz in Nr. 166 u. Bl. geht uns die Mittheilung zu, daß jene Notiz mit ihren ohne Zweifel wohlgemeinten Vorschlägen doch um ein halbes Jahr zu spät komme. Denn so lange ist es her, daß der Magistrat nach einer vom Stadtbaurath Herrn Kaumann entworfenen Zeichnung durch einen hiesigen Tischlermeister Schultische nach Parow'schem Muster anfertigen und in der vierten Klasse der Elementar-Knabenschule versuchsweise aufstellen ließ. Dort kann übrigens jeder Sachverständige sich durch den Augenschein davon überzeugen, wie wenig diese Tische in ihrer jetzigen Zusammensetzung sich zum Gebrauch eignen.

— **Garnison.** Das Inf.-Reg. Nr. 82 wird, aus je 3 Komp. des 1. Westpr. Grenad.-Reg. Nr. 6, des Westphäl. Füsil.-Reg. Nr. 37, des 1. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 46 u. des 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 5, hierorts d. 5. Novbr. cr. formirt.

— **Musikalisches.** Am Mittwoch, den 24. d. Mts. gab die Familie Hané ihr zweites Opern-Gesangs-Konzert wiederum vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, welche die Leistungen derselben ebenso günstig aufnahm, wie das im ersten der Fall war.

— **Lotterie.** Bei der am 24. d. Mts. fortgesetzten Ziehung fielen 2 Hauptgewinne von 10,000 Thlr. auf Nr. 23,185 und 93,071. 5 Gewinne zu 5000 Thlr. auf 13,336, 28,241 74,020, 78,767 und 82,276.

5 Gewinne zu 2000 Thlr. auf Nr. 4598, 18,262, 61,811, 66,651 und 88,751.

42 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 1090, 1587, 7839, 11,743, 12,906, 13,951, 18,551, 19,585, 19,887, 20,533, 22,255, 22,468, 24,173, 24,908, 25,806, 26,141, 26,526, 27,259, 31,973, 43,893, 47,048, 47,365, 51,758, 56,918, 59,380, 60,856, 61,870, 62,380, 63,278, 64 696, 67,101, 69,933, 72,377, 72,637, 73,021, 79,785, 83,259, 84,433 84,829, 85,514, 87,810 und 92,390.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Berlin,** den 24. Oktober. Das auf die neuen Antheile der Preußischen Bank von den alten Aktionären zu zahlende Agio ist auf 25 Proz. fixirt. Einzahlungen werden vom 1. November ab angenommen, im November müssen 25 Proz. eingezahlt werden, doch kann die ganze Einzahlung sofort geleistet werden, in welchem Falle 4½ Proz. Zinsen zur Vergütigung kommen.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier $127^{2}/_{3}$ pCt. Russisch-Papier $127^{1}/_{3}$ pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 25. Oktober. Temp. Kälte 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand — Fuß 7 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Im nächsten Monat wird unser Gymnasium das Jubiläum seines Wohlthäters Dr. med. Schultz feiern können, welcher am 8. Novbr. 1766 geboren ist. — Hoffentlich erbarmen sich dann endlich die städtischen Behörden der halbhundertjährigen Agonie des botanischen Gartens

und helfen ihm 100 Jahre nach dem Tode seines Gründers und Schenkers zum Leben oder zum Sterben. Wir schlagen unmaßgeblich vor, das Janitzenfest alljährlich auf der Terrasse des Gartens zu begehen — damit die städtischen Behörden ihn alle Jahre mehr verwildern sehen.

D. E. F.

Inserate.

Es predigen:

In der evangelisch-lutherischen Kirche.

Freitag, den 26. Oktober Abends 7 Uhr Gottesdienst Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**